

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meißner'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Ström) für die Schriftleitung verantwortlich D. Ström in Neuenbürg.

Nr. 151.

Neuenbürg, Montag, den 30. Juni 1924.

82. Jahrgang.

Deutschland.

Münster, 28. Juni. (Oberstabs-Städte-Tag.) Der oberstabs-Städte-Tag hat hier zu zwei wichtigen Fragen, nämlich der Gewerbesteuer und den Gemeindefinanzverhältnissen, Stellung genommen. Er beschloß, den Württ. Städte-Tag zu ersuchen, daß spätestens bis 1. Dezember 1924 die Grundlagen für die endgültige Gewerbesteuer von 1924 festgestellt werden unter Mitwirkung der Gemeindebehörden an Hand der Einkommensteuerunterlagen für 1. Januar bis 30. September 1924 und sonstiger Betriebsverhältnisse. Was die Kreditangelegenheiten anlangt, die den Gemeinden von Geldvermittlungsanstalten, Bankinstituten usw. gemacht werden, so handelt es sich dabei fast durchweg um Provisionswindbeulen. Bei den unerhörten Zinsforderungen muß von Schuldauflagen abgesehen und der Geldbedarf durch unangenehme Steuererhöhungen gedeckt werden.

Speyer, 28. Juni. Der Separatist Kuhn, der gestern vorzeitig wegen verschiedener Verurteilungen und Urkundenfälschungen auf Grund eines Haftbefehls des Amtsgerichts Speyer verhaftet war, ist, wie verlautet, gestern nachmittag auf Veranlassung der französischen Besatzungsbehörden wieder freigelassen worden.

Weimar, 28. Juni. Vor dem Schöffengericht wird am 3. Juli der Prozeß gegen den früheren Innenminister Hermann begangen, der unter der Anklage der Urkundenfälschung steht. Auf der Anklagebank werden ferner vier hiesige Kreisdirektoren Platz nehmen, denen zur Last gelegt wird, daß sie im Zusammenhang mit den bekannten Straftaten die Urkunden über die Verordnungen der auf diese Weise angestellten Beamten vordatiert haben.

Kannover, 28. Juni. In der gestrigen Sitzung des städtischen Kollegiums kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, die zu einer regelrechten Schlägerei ausarteten. Oberbürgermeister Reinerich rief schließlich Schupo herbei, um die Ordnung wieder herzustellen. Die Sitzung mußte schließlich vertagt werden.

Berlin, 28. Juni. Die Abgeordneten Sollmann und Loebe haben, wie der „Vorwärts“ berichtet, im Reichstag beantragt, zum Gedächtnis an die im Weltkrieg gefallenen Reichstagsabgeordneten Ludwig Frank und Hans von Reding und zum Gedächtnis an die ermordeten Reichstagsmitglieder Erzberger und Rathenau ein Denkmal an würdiger Stelle im Innern des Reichstagsgebäudes zu schaffen. — Im preussischen Landtag ist die „Große Koalition“ gefährdet. Die Deutsche Volkspartei nimmt gegen den sozialdemokratischen Innenminister Sebering Stellung.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 28. Juni. Zu Beginn der heutigen Sitzung er-
innerte Präsident Körner daran, daß sich heute zum fünften Male der Tag fährt, an dem Deutschland gerettet wurde, den Friedensvertrag von Versailles zu unterzeichnen. Hieran ver-
las Staatspräsident Dillke folgende

Kundgebung der württembergischen Regierung:

Heute, den 28. Juni, sind 5 Jahre seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles verstrichen, ohne daß der Friede in Europa eingekehrt ist. Deutschland hat diesen Friedensvertrag nur unter der Drohung erneuter kriegerischer Handlungen unterzeichnet. Es wäre zwecklos, dies hervorzuheben, da besiegte Nationen beim Abschluß des Friedens stets unter Zwang handeln, wenn die Unterzeichnung des Friedensvertrages nicht gleichzeitig das unterzeichnete Anerkenntnis der verbrecherischen Schuld Deutschlands am Weltkriege bedeutet. Dieses angebliche Anerkenntnis des angeklagten deutschen Volkes ist, entgegen dem Rechte aller zivilisierten Nationen, durch Drohungen mit Gewalt erzwungen worden. Wie die württ. Regierung wiederholt ausgesprochen hat, will Deutschland sich mit allen Kräften am Wiederaufbau Europas beteiligen. Aber es muß am fünften Jahrestag der Unterzeichnung des Friedensvertrages feierliche Verneinung dagegen einlegen, daß als Basis seiner Leistungen die ihm zur Last gelegte verbrecherische Schuld am Kriege angesehen wird. Die Ehre Frankreichs verlangt, daß es sich der Forderung anschließt, die Frage der Schuld am Kriege dem Urteil eines unabhängigen internationalen Gerichtshofs zu unterwerfen. Frankreich kann es auf die Dauer nicht ertragen, daß seine Regierung Rechtsgrundlagen mißachtet, die das französische Volk in einer der größten Zeiten seiner Geschichte erlitten hat. Der Artikel 7 der berühmten „Erklärung der Menschenrechte“ bestimmt: „Niemand kann angeklagt, verurteilt oder bestraft werden, als in den gesetzlich bestimmten Fällen und nach den gesetzlich vorgeschriebenen Formen“. Es ist die Verletzung einer der größten Stunden der französischen Geschichte, daß eine französische Regierung die „Rechts des Völkerrechts“ aus dem Grabe vergangener Willkür geholt und eine neue Basis des Rechts wieder aufgebaut hat. Es ist Zeit, daß Frankreich sich der Worte eines seiner größten Söhne erinnert, der Wahrheit, die Montesquieu im 11. Kapitel über die Ursachen der Größe und des Verfalls des römischen Reiches ausgesprochen hat: „Es gibt keine grausamere Tyrannie als die, die im Schatten der Gerechtigkeit und mit der Tünche der Gerechtigkeit gekleidet wird“. (Lebhafter Beifall.) Folgte dieser Kundgebung.) Sodann wurde die Beratung des Reichstags fortgesetzt und der demokratische Antrag, wonach dieses Reichsgesetz nicht bis 31. Dezember, sondern nur bis 30. September gelten soll, mit 20 gegen 29 Stimmen abgelehnt, dagegen mit 46 gegen 21 Stimmen der sog. Antrag betr. Festlegung der Stellung der württ. Regierung zu den Berliner Verhandlungen über das Sachverständigenabkommen und mit 41 gegen 28 Stimmen der sog. Antrag betr. die Handhabung der Versammlungsverbote. Angenommen wurde dagegen der Antrag des Abg. August Müller (Vgl.) betr. Ermäßigung der Gerichts- und Notariatskosten. Ein Antrag Wülfinger (Sog.) und Gengler (Sog.) betr. Einführung der Kurzarbeiterunterstützung wurde

an den Finanzausschuß überwiesen. Zustimmung fand ein Antrag des Finanzausschusses betr. Neuregelung der Beamtenbe-
soldung unter besonderer Berücksichtigung der unteren Grup-
pen durch die Reichsregierung. Schließlich wurde noch auf An-
trag der Kommunisten ein 9gliederiger Untersuchungsausschuß
eingesetzt, der die Todesursache des Kommunisten Rastich im
Ulmer Gefängnis untersuchen soll. Die nächste Sitzung wird
von dem Präsidenten im Einvernehmen mit der Staatsregie-
rung bestimmt.

Die Verordnung über die Aufhebung der Ausweisungen.

Düsseldorf, 28. Juni. Die Verordnung über die Aufhebung der Ausweisungen der aus dem Ruhrgebiet Vertriebenen ist dem Regierungspräsidenten von Düsseldorf zugestellt worden. In der Verordnung sind etwa 70 Personen ausdrücklich und na-
mentlich aufgeführt, darunter der frühere Regierungspräsident
von Düsseldorf, Grüninger, der Landrat und Polizeirat von
Essen und eine Reihe von Eisenbahnbeamten. Die Verordnung
ertrifft sich auf alle, die nach dem 1. Januar 1923 aus dem
Ruhrgebiet ausgewiesen wurden. Für Rückkehr bedürfen die
Ausgewiesenen einer besonderen Einreiseerlaubnis von seiten
der alliierten Militärbehörde.

Ein Teil des Düsseldorf-Regierungsgebäudes beschlagnahmt.

Düsseldorf, 28. Juni. Die Besatzungsbehörde hat etwa
die Hälfte des Regierungsgebäudes in der Cecilienallee be-
schlagnahmt und verlangt, daß die beschlagnahmten 176 Räume
bis 10. Juli zur Verfügung gestellt werden. Es handelt
sich hier um eine Maßnahme, deren Tragweite über die ört-
lichen Interessen weit hinausgeht und für die Gesamtverwal-
tung des Regierungsbezirks von größter Bedeutung ist. Die
Telegraphen-Union erklärt dazu, daß man vermutet, die Be-
satzungsbehörde habe diese Beschlagnahme erwogen, um den
Kunstpalast freizugeben, nachdem die Künstlerhaft befristet
habe, die durch die Besetzung des Kunstpalastes verhinderte
Ausstellung nach Köln zu verlegen. Der beschlagnahmte Teil
des Regierungsgebäudes wird wahrscheinlich mit Truppen be-
legt.

Die Aufwertungsfrage vor dem Reichstag.

Berlin, 28. Juni. Der Reichstag hatte seine letzte Sitzung
vor der Pause mit einer Reihe von wichtigen Dingen be-
legt, trotzdem fand er noch Zeit, sich sehr lange darüber zu unterhal-
ten, ob ein Privatklagenverfahren gegen den nationalsozialisti-
schen Abgeordneten Frick eingeleitet werden soll oder nicht.
Der Geschäftsausschuß hat sich schon zweimal damit
beschäftigt. Im Plenum kommt es zu sehr heftigen Ausein-
anderungen zwischen den Nationalsozialisten und den Sozia-
ldemokraten, in die sich auch die Demokraten einmischen mit
dem Ergebnis, daß der Antrag noch einmal an den Ausschuß
zurückverwiesen wird, allerdings im Dammelsprung mit einer
Mehrheit von 4 Stimmen. Auf der Tagesordnung steht dann
weiter die Interpellation der Demokraten über die Rolle der
Ausgewiesenen und der im besetzten Gebiet Vertriebenen.
Der demokratische Abgeordnete Koppel, ein früherer Vertreter
der Vertriebenen des besetzten Gebietes, schildert die drückenden
wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Ruhrkampfes und for-
dert Hilfe für die Ausgewiesenen. Die Interpellation ist ja
gerade jetzt aktuell, wo 60 000 Ausgewiesene zurückkehren und
vermutlich ihre Wohnungen besetzt finden. Gleich darauf teilt
auch schon Minister Heule mit, daß von den 142 000 Ausgewie-
senen im altbesetzten Gebiet 60 000 die Erlaubnis zur Rückkehr
erhalten hätten, während im neubefreiten Gebiet alle Ausge-
wiesenen mit Ausnahme von 75 namentlich aufgeführten meist
höheren Verwaltungsbeamten die Erlaubnis zur Rückkehr er-
halten haben. Der Minister wendet sich dann der Frage der
Wohnungsbauplanung zu und empfiehlt für die Anträge einen be-
sonderen Ausschuß zu bilden, der sich mit dieser im Augenblick
so wichtigen Frage beschäftigen soll. Weiter erklärte er, daß
die einmütige Befreiung der Gefangenen mit der Lösung der
Reparationsfrage zusammenhänge, daß aber vom Ministerium
alle notwendigen Vorarbeiten auf diesem Gebiet bereits vol-
endet seien. Nachdem noch einige Redner zu Wort gekommen
sind, wird die Aussprache geschlossen und sämtliche Anträge
einem neuzubildenden Ausschuß für die besetzten Gebiete über-
wiesen. Ebenso werden die Wirtschaftsverträge mit Litauen
und Ostland in dritter Lesung angenommen. Der wichtigste
Teil der Tagesordnung, die Aussprache über die Aufwertungs-
frage, ist dem Nachmittag vorbehalten worden. Erzellenberg
eröffnet als erster den Reigen mit einer ausführlichen Begrün-
dung des deutschnationalen Antrages. Er verlangt Schad für
die Gläubiger, namentlich die Hypothekengläubiger, damit diese
nicht die ganze Last des Krieges zu tragen hätten. Die ganze
Angelegenheit sei besonders dringlich, da sie bereits Anlaß zur
Währungsdeflation gegeben habe. Aufgabe des Reichstags müsse
es sein, die Forderungen des Gläubigers herabzusetzen, zumal
die Theorie der Sachverständigen, die innere Schuld Deutsch-
lands sei fortgefallen, falsch sei. Dem Sachverständigenabkom-
men müsse diese falsche Basis entzogen werden, das wäre eine
staatsmännische Tat, für die sich eine Einheitsfront von der
äußerten Linken bis zur äußersten Rechten finden würde. Der
Redner verlangt die Einsetzung eines besonderen Ausschusses
und weiter die Bildung eines Fonds zur Zinsentlastung für die
Kriegsgläubiger. Nach ihm kommt Abgeordneter Dr. Berg zu
Wort, der den Standpunkt der Sozialdemokraten zur Auf-
wertungsfrage auseinandersetzt. Der Redner macht darauf
aufmerksam, daß die Annahme des deutschnationalen Antrages
einen Steueranfall von einer Milliarde Mark hervorgerufen
würde. Es sei unklar, wozu die Aufwertungskosten gedeckt
werden sollten. Der Redner geht dann zu einer eingehenden
Begründung der sozialdemokratischen Forderung über, ver-
schiedene Paragrafen der dritten Steuerreformordnung über
die Miethener aufzuheben und verlangt schließlich Befreiung
der Umfahner und Abson der Einkommenssteuer. Nach dem
Kommunisten Böllert, der weniger zum Thema spricht, als sich
in Ausfällen gegen den verstorbenen Hugo Stinnes ergeht,

kommt dann der Abgeordnete Düringer (Deutsche Volkspartei)
zu Wort, der hervorhebt, daß die Aufwertungsfrage keine
Frage der Interessenpolitik sei, sondern eine Frage der
Steuerpolitik der letzten Jahre, die eines Rechtsstaates unmit-
telbar sei. Der Redner fordert die Bildung eines besonderen
Ausschusses, der das Problem möglichst rasch lösen könnte.
Abg. Lehrenbach (Sog.) hält eine Erörterung im Plenum für
durchaus zwecklos. Abg. Heber (Nat.-Sog.) wirft der Regie-
rung vor, sie zeige eine merkwürdige Unfähigkeit, die deutschen
Belange zu vertreten. Abg. Dornburg (Dem.) verwirft auf
die große Not der kleinen Besitzer, die Gemeinden dürften man
nicht von der Aufwertungsfrage befreien. Die Staatsrenten
müßten in nicht allzulanger Zeit in mäßigen Grenzen aufge-
wertet werden. Abg. Gumminger (Bayr. Volksp.) vernimmt bei
den anderen Parteien jede wirkliche Initiative in der Aufwer-
tungsfrage. Seine Partei allein habe einen fertigen Ge-
setzentwurf zur Aufwertung eingebracht. Abg. Dr. Viet (Wirt-
schaftliche Vereinigung) fordert Aufhebung der Bestimmungen
über Werten in der dritten Steuerreformordnung. Damit
schließt die Aussprache. Angenommen wird der Antrag auf
Einsetzung eines besonderen Ausschusses zur Behandlung der
Aufwertungsfrage. Ihm werden die entsprechenden Anträge
überwiesen. Präsident Ballat teilt mit, daß nach dem heutigen
Spruch des Wahlprüfungsgerichts sämtliche im Wahlkreis 9
(Cappeln) gewählten Abgeordneten ihr Mandat verloren haben
und schlägt sodann vor, ihm die Festsetzung des Termins und
der Tagesordnung der nächsten Sitzung zu überlassen. Nach
einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte, an der sich Graf Re-
ventlow und der Abgeordnete von Graefe beteiligten, die noch
heute eine Besprechung der Schulfrage, der Militärkontrolle
und des Zwischenfalls in der russischen Handelsvertretung
verlangen, schließt der Präsident die Sitzung gegen 7 Uhr.

Die Obstruktion im Berliner Stadtparlament.

Der Konflikt im Berliner Stadtparlament ist gestern vor-
schriftsmäßig weiter gegangen. Für gestern war eine neue
Sitzung angesetzt, bei der die bürgerlichen Parteien in der Ob-
struktion fortführen. Von der bürgerlichen Fraktion waren nur
15 Mitglieder im Saal. Ein kommunistischer Dringlichkeitsan-
trag, den Magistrat aufzufordern, sich für die Befreiung
des Stadtrats Dörr einzusetzen, wurde angenommen, weil man
übereingekommen war, nicht zu widersprechen. Als dann aber
der Vorschlag in die Tagesordnung eintreten wollte, bezweifel-
te man die Beschlussfähigkeit des Hauses. So wurde die Sitzung
längerhand vertagt. Heute wird sich voraussichtlich dasselbe
Schauspiel wiederholen. Nach Schluß der gestrigen Stadt-
verordnetenversammlung hatte der Oberbürgermeister eine Bespre-
chung mit den Fraktionsführern. Er ist offensichtlich bemüht,
den Konflikt durch einen Vergleich beizulegen.

Ausland.

Rom, 28. Juni. In der Kammer fand eine Trauerfeier
der Oppositionsparteien für Matteotti statt. Die Opposition
verharrt bei dem Beschluß, den Sitzungen der Kammer fern-
zubleiben, und fordert den Rücktritt Mussolinis.

Belgrad, 28. Juni. Ein junger Albaner versuchte einen
Anschlag auf den albanischen Expräsidenten Ahmed Zogu. Der
Attentäter wurde festgenommen.

Tokio, 28. Juni. Der amerikanische Botschafter in Japan,
Wood, hat formell um seine Entlassung gebeten. Viele ist ihm
bewilligt worden.

Genf und der Achtstundentag.

Genf, 28. Juni. Auf der internationalen Arbeitskonferenz
in Genf wurde zu allererst von Deutschland die Einhaltung des
Achtstundentags verlangt. In einer halbamtlichen deutschen
Erklärung wird darauf hingewiesen, daß hauptsächlich der
Arbeitsverfall und die Mißstände die Veranlassung zu der
Arbeitsverfallverordnung vom 23. Dezember 1923 gegeben hätten.
Sie sei eine Angelegenheit der deutschen Souveränität.
Auf eine internationale Bindung oder Kontrolle wie Herr
Thomson angedeutet habe, könne sich Deutschland nicht einlassen.
Aus bitterem Zwang, sich am Leben zu halten, nicht zum
Vergnügen, habe Deutschland eine Verlängerung der Arbeits-
zeit auf sich genommen.

Wohnungsmangel in Moskau.

In Moskau sind, wie in der Presse mitgeteilt wird, ange-
sichts des Verfalls von vielen tausend Häusern etwa 15 000
neue Häuser zu erbauen, um die Arbeiterbevölkerung mit Woh-
nungen zu versehen, die ihren Bedürfnissen einigermaßen ent-
sprechen. Jetzt sind ungefähr 550 000 Arbeiter, Frauen und
Kinder in völlig unzureichender Weise untergebracht. Die für
so umfangreiche Bauten notwendigen Mittel konnten aber,
wie der „Ost-Express“ berichtet, bisher nicht aufgebracht werden.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 30. Juni. Die außerordentliche Ge-
neralversammlung der freiwilligen Feuer-
wehr am Samstag im Rathaus hatte sich mit Bewahlen
begn. Ergänzungswahlen zu beenden, da der gesamte Verwal-
tungsrat infolge verschiedener Vertommnisse neuer Zeit be-
schlossen hatte, die ihm übertragenen Kommanden des Korps zur
Verfügung zu stellen. Es hatten sich hierzu 30 Mitglieder ein-
gefunden. Außer Stadtschultheiß Knodel befand sich auch Ehren-
kommandant Bogt das Interesse an den Beschlüssen des Korps
durch keine Anwesenheit. Kommandant Ferenbach gab
nach kurzen Dankes- und Begrüßungsworten, in denen er dem
Bausche Ausdruck verlieh, daß die Beratungen zu Ruh- und
Frieden des gemeinnützigen Instituts der freiwilligen Feuer-
wehr dienen möchten, den Austrittsbescheid des Verwaltungsrats
bekannt. Die Gründe setzte er als genügend bekannt vor-
aus, weshalb er nicht weiter darauf eingehe. Die Mitglieder
Fritz Seeger und Eugen Heim, deren Verhalten vor ver-
kommener Mannschaft dazu Anlaß gab, suchten ihr Verbalten

das allgemein Entzogen, zu rechtfertigen, ersterer unter Hinweis auf die Ergebnisse und Folgen des mitternächlichen Krieges, wo er seelisch und körperlich zu leiden hatte und die Abneigung gegen das Exerzieren, letzterer in der ausgesprochenen Abneigung gegen alles Militärische, das nach seiner Ansicht in der Feuerwehr gegenüber den praktischen Übungen zu sehr im Vordergrund stehe. Im Gegensatz zu Seeger, der die Konsequenzen seiner Handlungsweise zog, und seinen Austritt aus dem Korps kündigte, erklärte Seim, daß er nach wie vor seine Pflicht und Schuldigkeit tun werde, allerdings zum Exerzieren sei er nicht zu gebrauchen. Zugführer Binder widersprach Seeger und Seim mit dem Hinweis, daß Seeger nicht der einzige sei, der im Kriege körperlich und seelisch zu leiden hatte; von einem eigentlichen Exerzieren, wie Seim es nenne, sei in der Feuerwehr keine Spur, aber Ordnung und Disziplin müßten sein. Ihm schloß sich Mitglied Andras an, der dem Verwaltungsrat den Vorwurf machte, daß er wegen zwei Mitgliedern, die den Gehorsam verweigerten, den Rückzug antrat, das sei kein gutes Vorbild. Mitglied Karl Titelinus kenne Seim die Verhältnisse der beiden Genannten als eine Folge des Wahnsinns, die man aber vergeben sollte, wie überhaupt der Verwaltungsrat zuwarten möchte, bis die Kapitalisationsperiode abgelaufen wäre. Demgegenüber bezeichnete Kommandant Ferenbach es als zu weitgehend, wenn zwei Mitglieder vor versammelter Mannschaft den Gehorsam verweigerten, ein solches Verhalten hätten die Mitglieder des Verwaltungsrats nach zum Teil 30-jähriger Dienstzeit nicht verdient. In einer Versammlung der Feuerwehr-Zerkerpflichtigen sei gesagt worden, daß sie unter dieses Kommando nicht treten. Nur im Interesse des Korps habe er noch einmal zugelegt, sein Alter würde ihn nicht dazu verpflichtet haben. Nichts könne ihn von seinem Austrittsentscheid abbringen, zumal auch persönliche Bedürfnisse bei Verbannung von Strafen u. a. ihm das Amt verleidet hätten. Jubilar Seeger gab ebenfalls seinem Bedauern über das Geschehene Ausdruck; auch er bezeichnete das Exerzieren als unerlässlich für den Dienst in der Feuerwehr. Mitglied Neubauer bemerkte, daß bei einem Brandfall nicht rechts- und links, sondern praktische Arbeit zu leisten sei. Ehrenkommandant Bogt vertrat in wiederholten Ausführungen den Standpunkt, wenn einzelne sich verweigern, so hätten sie die Konsequenzen zu ziehen und aus dem Korps auszuscheiden, nicht aber der Verwaltungsrat. Ordnung und Disziplin geben dem Korps Halt und Rückgrat. Er bitte den Verwaltungsrat, die ihm übertragenen Reiter weiterzuführen, da er doch das Vertrauen der großen Mehrheit der Mitglieder besitze und er vom Oberamt auf 5 Jahre bestätigt wurde. Ein neuer Kommandant hätte mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen. Nach weiterer Aussprache, in der sich ergab, daß der Verwaltungsrat auf seinem Beschluß beharrte, wurde zur Wahl des Kommandanten geschritten und nach einer größeren Zahl von Vorgesetzten in die enge Wahl einbezogen die Mitglieder Rudolf Müller, Emil Dast, Rudolf Kainer. In geheimer Abstimmung erhielt Rudolf Müller 16, Emil Dast 13, Rudolf Kainer 6 Stimmen, 3 waren versplittert, 18 ungültig. Rudolf Müller ist somit zum Kommandanten gewählt. Er nahm unter Dank für das ihm geschenkte Vertrauen die Wahl an und bat, ihn in seinem keineswegs leichten Amt zu unterstützen. Bei ebenfalls geheimer Wahl des Stellvertreters erhielten 28 Stimmen auf Franz Kainer, weitere Stimmen erhielten Emil Dast 16, Rudolf Kainer 7, 1 versplittert, ungültig 6. Kainer als gewählt nahm dankend die Wahl an. Der bisherige Schriftführer und Kassier Rudolf Hartmann zog sein Austrittsgesuch unter dem Beifall der Versammlung zurück, so daß sich diese Wahl erledigte. Auf den Vorschlag des Generalsekretärs wurde der seitherige Inhaber, Emil Dast, betruhen, der nach anfänglicher Beigerung und auf allgemeines Zureden sich endlich zur Annahme der Wahl im Interesse des Korps bereit erklärte. Die geheim genommenen Wahlen der Zugführer, Stellvertreter und Vertrauensleute hatten folgendes Ergebnis: 1. Zug: Zugführer Rudolf Kainer, Stellvertreter Max Wagner, Vertrauensmann Walter Simon; 2. Zug: Eugen Rindknecht, Ernst Richter, Karl Jörger; 3. Zug: Richard Dammeyer, Karl Schönhafer, August Wankmüller. Für den 4. Zug war eine Renovation nicht erforderlich, da die seitherigen Inhaber sich bereit erklärten, ihre Ämter weiter zu führen. Die Gewählten erklärten sich zur Annahme der auf sie gesallenen Wahl bereit. Kommandant Ferenbach ermahnte die Mitglieder, dem neuen Verwaltungsrat alle Unterstützung angedeihen zu lassen, damit er in der Lage sei, das Korps so zu führen, wie es die Interessen desselben und der Einwohnerschaft erfordern. Jubilar Seeger widmete dem

abgehenden Verwaltungsrat eintracht, aber um so aufrichtiger Worte des Dankes und der Anerkennung für seine langjährige Tätigkeit, den neuen Verwaltungsrat bat er, in die Fußstapfen seines Vorgängers zu treten. Ihm schloß sich Stadtschultheiß A. Nodel an, der ebenfalls die langjährige u. ersprießliche Tätigkeit des Verwaltungsrats im Interesse der Einwohnerschaft anerkannte und herzliche Dankesworte namens der Stadt den Scheidenden widmete. Den neuem Verwaltungsrat beglückwünschte er und bat ihn, sein Amt so zu führen, wie es die Interessen der Allgemeinheit erfordern. Er versicherte ihm der steten Unterstützung der Stadtverwaltung und bat die Mitglieder, nach Kräften dazu beizutragen, daß die Einheit im Korps gewahrt und Haß und Feindschaften künftig vermieden bleiben. Schließlich wies er noch im besonderen darauf hin, daß bis zur Bestätigung der Neugewählten der seitherige Verwaltungsrat bei einem Brandfall sein Amt als solcher weiter zu führen habe.

Neuenbürg, 30. Juni. Das erste Gaujüngertreffen vom Gauzug des Schwäbischen Sängerbundes in Birkenfeld am gestrigen Sonntag war vom herrlichen Wetter begünstigt, demgemäß war auch die Beteiligung von nah und fern eine außerordentlich große. Besonders Interesse wurde den Chören für das Wertungsingen entgegengebracht; die geräumige Sängerballe war bis auf den letzten Platz gefüllt. Sowohl im einheimischen und geborenen Volksgesang wie im Kunstgesang war bezüglich Ausprache und stimmlicher Leitung ein erstreblicher Fortschritt wahrzunehmen. Reicher Beifall lobte die prächtigen Darbietungen. Am Wertungsingen beteiligten sich aus dem Bezirk folgende Vereine: Eintracht Volksgesang; Frohsinn Schwann, Sängervereinigung „Freundschaft“, Neuenbürg; geborener Volksgesang; Liedertanz Calmbach, Liedertanz Neuenbürg, Liedertanz Engelsbrand, Sängerbund Böden, Sängerbund Gräfenhausen; Kunstgesang; Liedertanz Wildbad. Nach den Urteilen unbefangener Zuhörer haben Sängervereinigung „Freundschaft“ (45 Sänger) und Liedertanz Neuenbürg (60 Sänger) rechte gute Leistungen vollbracht. Die beglückwünschten beide Vereine zu diesem schönen Erfolg. Nach dem Festzug folgten mehrere Ansprachen und drei gemeinsame Chöre, die bei der großen Zahl von Sängern (etwa 1200) und guter Wiedergabe eine erhebende Wirkung auf die Zuhörer ausübten. Schade, daß das Ergebnis laut einem Gaudeschluß nicht öffentlich bekannt werden konnte; so mußten die Vereine heimwärts ziehen, ohne etwas bestimmtes über ihre Leistung zu erfahren. Öffentlich tritt herein, darin fand sich alle interessierten Kreise einig, bis zum nächsten Sängertreffen eine Veränderung ein. Sängervereinigung „Freundschaft“ und Liedertanz Neuenbürg tragen nach ihrer Heimkehr gern neben dem Sängertanz auch je noch ein Lied vor, das eine dankbare Zuhörerschaft fand. Zum Vortrag des Preischores reichte es nicht, weil die Sängerballe nicht vollständig besetzt war. Es darf der Wunsch geäußert werden, daß dies, wie sonst allgemein üblich, bei doppelter Gelegenheit noch möglich ist, des Dankes der Einwohnerschaft dürfen beide Vereine versichert sein. Auf den Verlauf des Festes kommen wir noch zurück.

Neuenbürg, 27. Juni. (Auskunftsschwindel.) Ein schon in Friedenszeiten vielfach geübter Schwindel ist durch die herrschende schwere Kreditnot zu neuer Blüte gelangt. Anonyme oder mit einem hochtrabenden Firmennamen prangende Unternehmungen erbot sich zur Kreditvermittlung. Bewerber werden aufgefordert, sich zu melden und für Auskunftsgebühren und Spesen gleichzeitig Geld einzubringen, in einem um vorliegenden Fall beispielsweise 5 Mark für Darlehen bis 1000 Mark, 10 Mark für Darlehen bis 5000 Mark, 20 Mark für Darlehen bis 25000 Mark u. s. w. Bei einem sehr erheblichen Teile dieses Geschäftszweiges handelt es sich offenbar um gar nichts anderes, als um die angeblichen Auskunftsgebühren, die der Empfänger einbehält, ohne sich um den berechneten Kreditfächer noch irgendwie weiter zu kümmern. Leichtsinnige seien also wieder gewarnt.

Neuenbürg, 28. Juni. (Der Wert frischen, guten Wassers für das Vieh.) Frisches, gutes Wasser ist für das Vieh von großer Bedeutung. Da es sehr ansehnlich auf die Verbannung wirkt, ist es gut, wenn auch das Kindvieh neben der warmen Tränke genügend frisches Wasser erhält. An klaren Bächen oder an einer klaren Tränke lasse man das Vieh ruhig trinken, aber niemals an Willern, stagnierenden Dorststellen usw., denn solche ekelhaften Wasser vermitteln manche Krankheiten an den Vieh, die oft im Verlauf eines ganzen Dorstes sich rasch ausbreiten und verheerend wirken. Auch Leitungswasser ist für die Tiere sehr zu empfehlen und es ist deshalb eine gute Einrichtung, das Wasser direkt den Stalltieren zuzuführen zu lassen.

Neuenbürg, 28. Juni. (Von der Wienerzucht.) Zur Förderung der Wienerzucht in Württemberg, namentlich auch im Hinblick auf die wertvollen und unersetzlichen Dienste der Wiener bei der Blütenbetrachtung, veranstaltet die Württ. Landwirtschaftskammer im Benehmen mit dem Landesverein für Wienerzucht auch in diesem Sommer wieder Standschauen mit Preisverteilung für musterhafte Wienerzuchtställe. An der Reihe ist der Schwarzwaldkreis und der Donaukreis. Die Standschauen werden unter Führung des Landesfachverständigen für Wienerzucht, Oberlehrer Rentfänger in Stuttgart, von einer Kommission durchgeführt, der auch ein Vertreter des Landesvereins für Wienerzucht und der jeweilige Bezirksvereinsvorstand angehören. Die Bestimmungen für die Prämierung können von der Württ. Landwirtschaftskammer in Stuttgart, Rarientstraße 13, bezogen werden; Bewerbungen gehen an die gleiche Stelle.

Württemberg.

Stuttgart, 28. Juni. (Herabsetzung des Milchpreises.) Der Verband Württ. Milchbedarfsvereine hat beschlossen, angelehnt an die Milchpreisentwicklung im Allgäu, wo der Milchpreis erheblich zurückgegangen, wie auch im Oberland und im Gebiet um Heilbronn und Ulm, wo schon seit 1. bezw. 16. Juni eine Milchpreisänderung eingetreten ist, den Erzeugerpreis frei Sammelstelle von bisher 20 Pf. auf 18 Pf. herabzusetzen. Eine entsprechende Herabsetzung der Kleinverkaufspreise geht damit Hand in Hand.

Stuttgart, 28. Juni. (Milchpreisverhandlungen.) Im Württ. Ernährungsministerium fanden heute vormittag zwischen den Vertretern der Landwirtschaft und den Vertretern der Milchbedarfsvereine statt über die Festlegung des Erzeugerpreises ab 1. Juli ds. Js. Da eine Einigung zwischen beiden Parteien nicht erzielt werden konnte, wurde ein Schiedsgericht angesetzt. Dieses entschied, daß ein berechtigter Anlaß für die Herabsetzung des Erzeugerpreises derzeit nicht gegeben sei und ein Erzeugerpreis von 20 Pf. auch nach dem 1. Juli ds. Js. zu bezahlen sei.

Stuttgart, 28. Juni. (Haus des Handwerks.) Im Rahmen der Bauausstellung wurde heute das „Haus des Handwerks“ eröffnet. Es gibt in seinen eindrucksvollen Bauten, die von dem Sohne des Oberbaurats Schmalz entworfen und vom Vater durchgeführt sind, eine zusammenfassende Ueberschau von der Leistungsfähigkeit des württ. Handwerks, die in weiten Kreisen Aufsehen erregen wird. Bei der Eröffnung waren amtscheid Staatspräsident Bazille, Finanzminister Dr. Dehlinger, Landtagspräsident Körner, Vertreter der Stadt, der Behörden und der Reichswehr. Der Vorsitzende der württ. Handwerkskammer, Obermeister Stadtrat Wolff, sprach zur Eröffnungsfeier Worte der Begrüßung und des Dankes an die anwesenden Vertreter der Handels-, Industrie- und Landwirtschaftsorganisationen sowie die Gäste. Mit dem Haus des Handwerks solle schon äußerlich zum Ausdruck gebracht werden, daß das Handwerk gewillt und in der Lage ist, vereint und geschlossen in der Öffentlichkeit aufzutreten und sein Interesse zu vertreten. Es soll vor allem gezeigt werden, daß das Handwerk trotz der Erschütterungen des Kriegs und der Inflationszeit sich seine traditionelle Leistungsfähigkeit bewahrt habe und heute mehr denn je Qualitätsarbeit leiste. Das Haus des Handwerks soll ein Ansporn sein und ein Zeichen des entschlossenen Willens des Handwerks, sich in den Dienst des Wiederaufbaus zu stellen. Dann sprach der Präsident des Landesgewerbeamts von Jechle, indem er die Einzelheiten des eigenartigen Baues erläuterte und das Haus in die Obhut der Bauausstellungsleitung nahm. Staatspräsident Bazille erinnerte an den schweren Wiederaufbau des 28. Juni und wies darauf hin, daß keine Macht imstande sei, den deutschen schaffenden Geist zu besitzeln und zu knechten. Das organisierte Handwerk habe das Handwerk vor dem Untergang gerettet, und wenn das deutsche Volk einmal so einig sei, wie das Handwerk hier in dieser Schau in Erscheinung trete, dann dürften für Deutschland bessere Tage gekommen sein. Die Ausstellung sei ein Zeugnis der ungebrochenen Lebenskraft des deutschen Volkes. Hieran eröffnete er die Ausstellung. Eine Kapelle spielte das Deutschlandlied, in das die Festversammlung einstimmte. Dann folgte der übliche Rundgang.

Ebersbach a. F., 28. Juni. (Der Streit im Rathaus.) In der auf Verlangen mehrerer Gemeinderatsmitglieder in das Protokollbuch des Gemeinderats aufgenommenen Erklärung, worin diese Gemeinderatsmitglieder den Gemeinderat schlicht für unwürdig erklärten, auch fernherhin dem Gemeinderat anzuvertrauen, erhoben wir, daß es sich dabei um einen Streit aus Anlaß der letzten Schultheißenwahl handelte. Gemeinderat schlicht wird lediglich eine Aussage wegen den früheren Schultheißen erteilt, zu der er sich aus Gewissensgründen verpflichtet fühlte. Durch diese Aussage schreit er sich die Mithand und Feindschaft anderer Gemeinderatsmitglieder zugezogen

Manage zu. Aber der alte Herr mußte ja seine Stützungen mit seinem eigenen Namen decken. Und vorläufig schwamm er kassächlich in einem Meer von Huldigungen und öffentlichen Ehren!

Die Ansprache des Stadtoberhauptes war ziemlich lang. Der Oberbürgermeister gab sich gern als Schöngest, und wenn er nicht in den Ehungen des Stadtrates geschäftliche kurze Erwägungen zu halten hatte, ließ er seinen Geistesblitzen gerne freien Lauf und dokumentierte sich besonders als wohlgeübter Zitatenschröder. Wohlklingende und wohlklingende Phrasen klangen an das Ohr des Rechtsanwaltes, als er sich jetzt nach seiner gedanklichen Abweisung wieder zum Zuhören auftrafte. Goethe, Schiller, selbst Wagner wurden in ausgiebigem Maße herbeigezogen. Und mit dem schwungvollen Worte, daß die Stätte, die ein edler Mensch betreten, und die Spuren eines solchen Wohltaten in Aeonen nicht untergehen sollten, sondern für ewig geweiht wären, schenkte das Stadtoberhaupt auf den Entschluß des Stadtrates zu: den Geheimrat Werner im Hinblick auf die dauernden Verdienste, die er sich um das Wohl der Stadt erworben habe, und zum Ausdruck des Dankes — — — zum Ehrenbürger der Stadt Ebersbach zu ernennen!

Der Gefeirte machte vor überwältigender Freude einen Schritt zurück. Es war fast das unwillkürliche Zurückprallen vor einer ungeheuren Katastrophe. Für ihn war dieses Ereignis allerdings ungeheuerlich groß. Wäre es doch die Erfüllung eines tiefgehegten Wunsches! Man hatte ihn also doch richtig verstanden bei den gegebenen Stellen, wenn er in letzter Zeit diesen Wunsch in seinen gelegentlichen Äußerungen vorsichtig gestreift hatte!

Er wurde der Ehrenbürger der Stadt! Sein Name würde zu ewigem Andenken auf der großen Bronzetafel verzeichnet stehen, die im Rathaus schon diejenigen Namen trug, die sich seit Jahrhunderten um die Stadt verdient gemacht hatten. „Das Werner-Haus!“ klang es immer wieder in der Rede des Stadtoberhauptes durch. „Das Werner-Haus!“ Immer wieder hallte dieses Wort an das Ohr des Geheimrates. Wie richtig hatte er doch disponiert und wie froh war er, nicht der sozial-angehangenen und praktischen Geschäftsbürokratie seiner Schwester nachzugeben und keine Markthalle gestiftet zu haben. Eine Markthalle hätten das Stadtoberhaupt niemals zu einer so schmerzhaften Ansprache begeistern können!

(Fortsetzung folgt.)

Der Tanz um das goldene Kalb

Von Erica Grape-Löcher

(Nachdruck verboten.)

Kaum hatte der Rechtsanwalt seine Glückwünsche ausgesprochen und auch einige Worte an Fräulein Amanda richten können, als das Stimmengewirr mit einer Plöblichkeit verstummte, die auf einen besonderen Grund schließen ließ. Die einzelnen Gruppen teilten sich unwillkürlich auseinander. Eine gab der andern flüsternd die Worte weiter, die der eine der Diener soeben halblaut vom Vestibül aus in den Salon gerufen hatte:

Der Herr Oberbürgermeister mit den Herren vom Stadtrat!

Auch Dr. Forghl trat zurück, immerhin konnte er von seinem Platze aus den Mittelpunkt des großen Musikzimmers sehen, wenn ihm hier auch, unmittelbar an der Tür zwischen Wintergarten und Musikzimmer, die Möglichkeit abgekniffen war, sich unbedrängt nachher, wenn es ihm beliebt, entfernen zu können. Der Geheimrat reichte sich empor. In der Größe dieses Momentes zog er sogar die Linke aus der Hosentasche. Er warf einen kurzen Blick auf seine Schwester. Sie stand neben ihm. In ihrer Haltung, ihrer Miene voller beherrschter Lebenswürdigkeit, ganz die Dame der großen Welt — — — Er konnte sie sich wirklich zum Maßstab nehmen.

Und dann trat eine neue Gruppe von Herren ein. Im Stich ihres Gebrüdes, in der Art, den spiegelblanken Jolinder zu tragen, einen gewissen Unterschied markierend zwischen ihnen und den gerade anwesenden Vereinen des Sportes und der Musik! Herren aus den besten Kreisen, die Spitze der städtischen Verwaltung, die Creme der geistigen Intelligenz.

Nach kurzer höflicher Begrüßung und Begrüßung trat eine tiefe Stille ein. Der Oberbürgermeister räusperte sich. Alle Augen waren auf den noch jugendlichen Mann von schlanker Gestalt, mit den etwas verschwommenen, blauen Augen und dem lang ausgezogenen, dunkelblonden Schmelzhaar gerichtet. Und er begann seine Rede. Er lobte den Geheimrat in allen Tönen, ließ seine Verdienste in allen Farben leuchten, pries seine offene Hand, die in besonderer Gemeinschaft mit seiner Schwester, der edlen Kunstmägenin, alle künstlerischen Bestrebungen der Stadt fördere, um dann mit einigen schwungvollen Sätzen auf die Stützungen zuzusteuern, welche der hochverehrte Jubilar der Stadt

zugebracht habe. Die Großzügigkeit seiner Ansichten, die er durch diese Stiftung offenbare, ständen in der Geschichte der Stadt ohne Beispiel da!

Dr. Forghl trat einigemal ungeduldig von einem Fuß auf den andern. Es war das einzige, was er an äußerem Unbehagen merken lassen durfte. Mit mehr als der Gehörtheit stand er selbst auf Kothlen. Umsonst hatte er vor kurzem dem Geheimrat in der geschäftlichen Besprechung darauf aufmerksam gemacht, daß seine beabsichtigten Spenden weit über das Maß hinausgingen, als sein positives Vermögen ausmache. Umsonst war sein Bemühen gewesen, dem alten Herrn ganz klaren Wein über das alles einzuschütten. Der tolle Ehrgeiz, eine große Rolle spielen zu wollen, das Bedürfnis, sich bis in die Wolken anheimgelassen und angeheuert zu sehen, verblendete dem Geheimrat die Augen. Sichtlich war ihm die schonungslose Offenheit, mit welcher der Vermögensverwalter ihn mit Hinweis auf das tatsächlich vorhandene Vermögen von der Verköhlung so stiftlicher Spenden zurückhalten wollte, unangenehm, ja fast beleidigend. Das einzige Zugeständnis, das der vorsichtige Rechtsanwalt dem Geheimrat hatte erwirken können, war die Zusage, daß die Kosten der Verköhlung der Erneuerung der Stadttheater vorbereitete. Eine derartige Spende konnte doch von seiten des Geheimrates noch in einem der nächsten Jahre übernommen werden. Jetzt galt es, die Summen zu den beabsichtigten Gebäuden postillo bereitzustellen.

Aber zu seinem Erstaunen las der Rechtsanwalt nach einigen Tagen in den Zeitungen die Mitteilung, der in seinem Kunstsinne bekannte Geheimrat Werner habe zur Feier seines schließlichen Geburtstages die Kosten der „Zauberflöte“ übernommen, welche das Theater gerade in Vorbereitung habe. Aus Entgegenkommen, und um den Spender zu ehren, war dann die Erstaufführung der Erneuerung auf den Geburtstagsabend festgesetzt worden. So war es nach dem Geschmach und anstandsprohen Wunsch des Geheimrates. Der Tag würde sich zu einer imposanten Ehrung auswachsen, die der Gefeirte von seiner Loge aus am Abend im Theater entgegennehmen würde.

Rechtsanwalt Forghl hatte die Zeitung ärgerlich zerknüllt in eine Zimmerecke geworfen. Wenn der Geheimrat so wenig auf ihn höre und so wenig auf seinen ersuchten Rat gab, so wurde er selbst noch auf eine große öffentliche

zu haben. I. volle Klärung. Deggling. brannten zu. mohersthaft. Die Beliger. Hölzer war. den Brand i. rend fast alle. Gips in de.

Hausen. hat hier ein. auch das Ob. Jahr keine V. hülle angebr. Herbst Geld. der Lage hin. übrig ge. verwend. Hochwald. des hatte r. werden Rei.

Unter. verminderte. in unserer. Doppelstich. auf Halbfeld.

Hunder. gem. Söghol. hellen Tag. gen 5 dem E. auf und lefe. richtigen Zeit. konnte aber.

Allesha. wiesen des. der Fahrnis. durch Kärst. stude hier. etwas merkt.

Herbert. knocht. Ein. der in der. Bruch von. nächsten Mo. brand man. Haule und. Kleider hol. seinen versch. und aus den. stellte er se. Geldbeutel. worden ware.

Kalen. Beiler. Ein. und hier über. ihr ein Ha. selbst er eine. mittel. — J. aus Verhöru. In betten. de. gute Mann. Geld und. im Bely. nicht, aber. chende Unter.

Tannu. umung. U. bruch nieder. Wasser fest. von hier n. mandel un. Sowelt das. beiblichen. so verdam. Streu verwo. gegen Kleid. die Wiesen. ters verlore.

Hall, 28. alte ledige. D. A. Gaild. nahme von. oder 6 Bod. April abende. einen klein. einem Reool. schloß, die. Folge hatte.

Etlinge. fätschungen. mann aus. einer hiesig. gungen (H. Summe (so. Scheidfall. schädigt wor.

Freibur. sich am Ab. retto-Güter. hoch des die. Söllentalung. derwähl auf. terts Tade. Olga Kild. langem Sch.

Vom U. lofer des. Langholzlad. herunterstie. nahe, wurde. hohen. Ein. die zwei Pa. ischleift. In. verdracht. W. Radolfzell. endend (W. seinen (W.

Weinhe. sich in der. reifende Sch. Bortjeaal d. aus Wut d. nieder, der. sein wollte. Mannhe. 4 Frauen v. botten, ins. aus Mund. gezogen wer.



Kreisarchiv Calw

der gleichzeitig Vorstandsmitglied ist, verübte Selbstmord. Er ist seit längerer Zeit herzleidend und er litt nun durch die Vorgänge bei der Deposition und infolge eines Unglücks in seiner Familie einen Nervenzusammenbruch. Er versuchte sich zu vergiften. Sein Zustand ist bedenklich.

Wien, 28. Juni. Gestern Abend explodierte im Lager von Kaiser-Friedrich (Artilleriegeschule) beim Abladen von Geschossmaterial ein Granatschrapnellkopf. Zwei Soldaten wurden schwer, drei leicht verletzt. Die Schwerverletzten wurden in das Wiener Allgemeine Krankenhaus gebracht. Der Bundesminister hat sofort nach Bekanntwerden den Waffeninspektor der Artillerie nach Kaiser-Friedrich zur Untersuchung der Ursache geschickt, worüber noch keine Klarheit herrscht.

Triest, 28. Juni. Die Innsbrucker Nachrichten erhalten vom Kommando des Alpenjäger-Regiments eine Darstellung des Zusammenstoßes an der italienischen Grenze, wonach eine Alpenjäger-Abteilung am 23. Juni bei einem Übungsmarsch auf österreichischem Boden von italienischen Finanzwächtern beschossen wurde. Die Beschießung wurde trotz Winkens und Zurufs in italienischer Sprache fortgesetzt. Schließlich flüchteten die italienischen Finanzwächter. Die Alpenjäger erwiderten das Feuer nicht.

Rom, 28. Juni. Wie die „Aribano“ mitteilt, werden bei einem endgültigen Bericht Amundsen auf den Nordpolflug italienische Flieger den Flug sofort aufnehmen.

Paris, 29. Juni. Das Außenministerium erklärt, entgegen den Mitteilungen gewisser Blätter habe zwischen der französischen und der belgischen Regierung dauernd völliges Einvernehmen über die Erneuerung der Münzverträge geherrscht. Es seien von beiden Regierungen die gleichen Instruktionen an ihre Vertreter in Düsseldorf gegangen und die gleiche Note an die deutsche Regierung gerichtet worden.

Paris, 29. Juni. Die Kammer hat in ihrer gestrigen Sitzung den Antrag auf Verlängerung des Gesetzes über die Kapitalflucht angenommen. Minister Loucheur erklärte, das gewünschte Ziel werde durch das Gesetz nicht erreicht. Finanzminister Clementel sagte, daß er nur mit Bedauern eine Verlängerung fordere, daß das Gesetz aber notwendig sei, um die Währungsgebarung zu betreiben.

Paris, 29. Juni. Nach dem „Journal Officiel“ haben sich bei der gestrigen Abstimmung über die Wahlrechte 61 Mitglieder der sozialistischen Kammerfraktion der Abstimmung enthalten, darunter auch Leon Blum, Compere-Morel und Raoul Fauré. Auch der Kammerpräsident beteiligte sich nicht an der Abstimmung. Im ganzen waren es 75 Abgeordnete, die nicht gestimmt haben.

Brüssel, 29. Juni. Der belgischen Regierung ging seitens der britischen Regierung die offizielle Einladung zu der Teilnahme an der Londoner Konferenz am 16. Juli zu.

Die Krise in der oberösterreichischen Industrie.

Königsbrunn, 28. Juni. Die Krise in der polnisch-österreichischen Industrie hat seit gestern eine außerordentliche Verschärfung angenommen. Der Arbeitgeberverband läßt in sämtlichen Dittendbetrieben durch Ausbauge bekannt machen, daß die Arbeitgeber, nachdem keine Einigung in den Verhandlungen mit den Arbeitnehmerverbänden erfolgte, gezwungen seien, selbstständig zu handeln und die bevorstehende Lohnreduzierung sowie die Einführung der 10stündigen Arbeitszeit mit Einschaltung von zwei Stunden Arbeitspause ab 1. Juli einzuführen. Auch müßte die Deputatlohn herabgesetzt werden. Der Arbeitgeberverband richtete an die Warschauer Regierung ein Telegramm, in dem er dringend ersucht, einen Jollerloß und eine Tarifermäßigung für Produkte, die aus dem Ausland für die Großindustrie eingeführt werden müssen, zu gewähren. Außerdem wird die Regierung ersucht, die Differenzen zwischen dem Inlands- und Auslandspreis der einführenden Produkte zu tragen.

Um die Sicherheitsfrage.

Berlin, 29. Juni. Zu den dieser Tage gleichzeitig in Berlin und London veröffentlichten Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten Herriot gegenüber dem bekannten englischen Pazifisten Norman Angell wird der „Germania“ von unterrichteter Seite mitgeteilt: Bei der Unterredung ist das Problem der Sicherheitsfrage, das Herriot in seinen früheren Erklärungen zwar stark betont, aber nur wenig präzisiert hatte, in seiner ganzen Tragweite aufgetaucht und namentlich in seiner Bedeutung für das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland erörtert worden. Wir können es in Deutschland nur begrüßen, daß Herriot an die Lösung dieses außerordentlich wichtigen Problems in einem so verständigen und verständlichen Sinne hertritt, wie Norman Angell berichtet. Aus den Erklärungen des Ministerpräsidenten über den Plan eines allgemeinen unter der Regide des Völkerbundes stehenden Garantiebattes ist allerdings noch nicht mit Sicherheit zu erkennen, wie er sich die Vermittlung des ihm vorstehenden großen Problems im einzelnen denkt. Bekanntlich hat der Gedanke eine längere Vorgeschichte. Es wird darüber seit 2 Jahren zwischen den Alliierten und den neutralen Regierungen verhandelt. Die Vorschläge des englischen Vertreters Lord Cecil und des französischen Obersten Requin wurden Ende des vorigen Jahres zu

einem gemeinsamen Entwurf verschmolzen, der in der vorliegenden Form allerdings bei den meisten Völkerbundmitgliedern wenig Beifall gefunden hat. Auch die gegenwärtige englische Regierung hat ihm bisher ihre Zustimmung nicht gegeben. Der Entwurf, der ebenso wie das dazu gehörige Material durch Aufnahme in das französische Gelbbuch über die Sicherheitsfrage auch weiteren Kreisen bekannt geworden ist, steht in derselben Weise, wie es jetzt Herriot angegeben hat, den früheren Beitritt Deutschlands vor. Er ist, wie schon gemeldet, vor einige Monate auch der deutschen Regierung zur Stellungnahme mitgeteilt worden. Wir hören, daß die Vorarbeiten für diese Stellungnahme, die das Auswärtige Amt unter Zustimmung einer Reihe von Sachverständigen eingeleitet hat, vor dem Abschluß stehen und daß die deutsche Antwort an den Völkerbund voraussichtlich in der nächsten Zeit eingeht. Nach der Veröffentlichung von Norman Angell hat es den Anschein, als ob Herriot seinen Plan zur Lösung der Sicherheitsfrage mit diesem Entwurf des Völkerbundes verknüpfen will. Man darf hoffen, daß er sich bei der weiteren Behandlung des Problems von dem Geiste leiten läßt, auf den er selbst seine Hoffnungen auf kommende bessere Zeiten gründet. Er kann versichert sein, daß er beim Abschluß eines allgemeinen Garantiebattes, der von diesem Geiste erfüllt ist und damit Recht und Sicherheit in Europa gewährleistet, die vorbehaltlose Zustimmung aller vernünftigen Kreise in Deutschland finden wird.

Zum Besuch des deutschen Vorkämpfers bei Herriot.

Paris, 29. Juni. Zu dem vorgestrigen Besuch des deutschen Vorkämpfers bei Herriot schreibt der „Petit Parisien“, man erkläre, der Vorkämpfer habe Herriot eine befriedigende Antwort auf die Militärkontrollnote angeklungen und mitgeteilt, daß die deutschen Behörden die notwendigen Maßnahmen zur Durchführung des Dawes-Vertrages ergreifen würden, insbesondere wenn, wie man in Cheneux verfügt zu haben scheint, die Londoner Interalliierte Konferenz die deutschen Vertreter anrufen würde. Hinsichtlich der Münzverträge glaube Herriot, ihre Erneuerung bis zum Ausbruch der Durchführung des Dawes-Vertrages, dessen Modalitäten auf der Londoner Konferenz festgelegt werden sollten, notwendig sei. Ein Übergangssystem erscheine überflüssig, denn wegen der kurzen Zeit würde es für beide Parteien sehr kostspielig sein. Herriot habe im übrigen die Hoffnung ausgesprochen, daß, wenn sich sein neuer Widerstand gegen die Friedensverträge von Versailles und der Londoner Zahlungsplan würden wie in der Vergangenheit heben bleiben. Wenn aber auf die Angelegenheit der Feststellung der Reparationen eingegangen werde, würden für die Alliierten trotz dem Ungelegenheiten entstehen. In einem Artikel des Friedensvertrages werde den Alliierten auferlegt, daß sie sich nicht in die deutschen Angelegenheiten mischen könnten, in einem anderen Artikel aber werde den Alliierten diese Befugnis im besonderen anerkannt. Herriot solle, da er das Instrument der Ruhrbesetzung noch in Händen habe, es nur sehr teuer verkaufen und das erzwingen, was ihm nützlich erscheine.

Schiffskatastrophe.

Kopenhagen, 29. Juni. Der gestern von Kopenhagen abgegangene dänische Dampfer „Thor“ ist abends im Sund südlich von Kopenhagen gesunken und gesunken, wahrscheinlich infolge einer Kesselexplosion. An Bord befanden sich außer der Besatzung von 8 Mann 12 Passagiere aus Kopenhagen und eine dreiköpfige Familie aus Sonderburg. Einem schwedischen Dampfer gelang es, drei Mann der Besatzung und 5 Passagiere darunter 4 Frauen, zu retten. Ein Mann der Besatzung war bereits tot. Ein anderer schwedischer Dampfer hat vermutlich 3 Personen gerettet. Das Schicksal der übrigen ist noch unbekannt.

Schweres Naturereignis.

Cleveland (Ohio), 30. Juni. Ein Tornado hat die ganze Stadt voran weggerissen, doch ist infolge der Zerstörung der Telefon- und Telegraphenverbindungen eine Befähigung nicht zu erhalten. 300 Menschen sollen getötet und 500 verwundet sein. Beim Einsturz des Theaters sollen allein 80 Personen getötet und 100 verwundet worden sein. Der Wirbelsturm hat ein Gebiet von 60 Meilen Ausdehnung von Cleveland an den Ufern des Eriesee bis Sandusky beim. In Lorain,

welches den Mittelpunkt des von dem Wirbelsturm heimgesuchten Gebietes bildet, wird die Zahl der Toten auf 250 und der Sachschaden auf 12 Millionen Dollar geschätzt. Aus dem eingestürzten Theater wurden bereits 165 Leichen geborgen. Der am Wasser gelegene Teil der Stadt ist vollständig zerstört. Sämtliche Hospitäler sind überfüllt. Die verfügbaren Truppen der Nationalgarde haben Befehl erhalten, in die betroffenen Städte abzugehen. Der Gouverneur von Ohio hat sich auf den Schanzen der Katastrophe begeben.

Kidnapping Jagul Paschas.

Kairo, 30. Juni. Jagul Pascha teilte seinen bereits gemeldeten Verzicht, zurückzutreten, im Laufe der Kammerdebatte mit. Er berichtete über die Mitteilung der britischen Regierung, daß sie den Sudan nicht aufgeben und ihrer Politik, wie sie am 28. Februar 1922 festgelegt worden sei, treu bleibe. (In diesem Tage wurde bekanntlich das Protektorat über Ägypten aufgehoben und Ägypten als unabhängiger Staat anerkannt, wobei sich die britische Regierung ihre Entscheidung über verschiedene Fragen, namentlich die Frage des Sudans, für die Zukunft vorbehielt.) Jagul Pascha betonte, Ägypten werde niemals seine Rechte an den Sudan aufgeben, und niemals einwilligen, auf der Grundlage der am 28. Februar 1922 festgelegten Politik zu verhandeln. Die Kammer sprach auf diese Erklärung Jagul Paschas hin diesem ihr Vertrauen aus und protestierte gegen seinen Rücktritt, aber Jagul Pascha erklärte trotzdem, daß er die Angelegenheit dem König unterbreiten werde. Als der König das Kidnapping Jagul Paschas ablehnte, erbat sich dieser Befreiung, um sich mit seinen Anhängern zu besprechen und kehrte gestern nach Kairo zurück.

Sprechsaal.

(Für die unter dieser Rubrik enthaltenen Eingekandt übernimmt die Schriftleitung nur die presserechtliche Verantwortung.)

Stuttgart, 27. Juni. Die Verhandlungen des Bezirksrats über die Aufwertung der Oberamtsparasse müssen die Verbände, welche die Interessen der Sparer vertreten, mit Befremden erfüllen. Der Bezirksrat scheint in seiner Mehrheit die Stimmung der organisierten Sparer nicht zu kennen. Nach § 2 der Satzungen hat die Amtsförperschaft mit ihrem ganzen Vermögen und ihrer Steuerkraft für die Verbindlichkeiten der Oberamtsparasse. Die Amtsförperschaft hat also die Oberamtsparasse bei der Aufwertung der Sparkassenanlagen zu unterstützen (vergl. auch § 7 Abs. 2 der 3. St.-R.-V.). Wenn man liest, daß die Amtsförperschaft vom Kommunalverband 50-60 000 Goldmark überführt, so muß die Ablehnung der Aufwertung durch den Bezirksrat mit aller Schärfe zurückgewiesen werden. Die Sparer sind bekanntlich in weiten Kreisen in derartige Not geraten, daß sogar Selbstmorde in erschreckender Zahl vorgekommen sind. Eine große Masse von alten Leuten sind durch die Verluste ihrer Sparguthaben in eine Not geraten, welche diejenigen, die zur Anschaffung eines Krankentransportwagens gezwungen haben und zur Erweiterung des Krankenhauses, sicherlich nicht nachsteht. Es ist eine merkwürdige Finanzgebarung, vor Deckung aller Ehrenschulden neue Schulden zu machen bzw. vorhandene Mittel zu Verschwendung statt zur Schuldentilgung zu verwenden. Es klingt wie Hohn, im gleichen Atemzug für ein solche Sparkasse wie dem um Vertrauen zu werden und um Einlagen neuer Spargelder zu bitten. Der Reichsverband der Sparer vertritt demgegenüber entschieden den Standpunkt, daß die Sparer neue Spargelder nur solchen Kassen zur Verfügung stellen, welche ihre alten Schulden in angemessener Weise aufräumen. Es haben sich bereits in Württemberg auch Kassen gefunden, welche ihre Ehrenpflicht zu angemessener Aufwertung anerkannt haben. Der Gemeinderat der Stadt Stuttgart a. B. hat der städtischen Sparkasse bereits erhebliche Mittel zur Aufwertung zur Verfügung gestellt. Die Oberamtsparasse in Neuenbürg ist ohne Zweifel in der Lage, die Mittel zur Aufwertung zu beschaffen und nur, wenn sie entgegen ihrem Verhalten in der Bezirksratsabstimmung dafür sorgt, daß die Amtsförperschaft ihre fahlgemäße Verpflichtung erfüllt, wird sie sich das Vertrauen der Sparer wieder gewinnen können. Die Landes- und Reichsverbände der Sparorganisationen werden die Stellungnahme der Oberamtsparasse Neuenbürg und des Bezirksrats in dieser Angelegenheit mit allen gesetzlichen Mitteln bekämpfen und nötigenfalls dafür sorgen, daß die Amtsförperschaft ihre fahlgemäße Verpflichtung erfüllt. Der Württ. Hypothekengläubiger- und Sparersparverband hat bereits eine Eingabe an den Landtag gerichtet, in welcher gefordert wird, daß die öffentlichen Kreditbehörden gezwungen werden, ihre Schulden angemessen aufzuräumen.

Die Geschäftsstelle des Württ. Hypothekengläubiger- und Sparersparverbandes e. V., Stuttgart, A. A.: Justizrat Seeger, Rechtsanwalt.

Württ. Amtsgericht Neuenbürg.

Eintragung in das Handelsregister, Abt. für Ges.-Firmen vom 26. Juni 1924 bei der Firma Gebrüder Riefer, Unternehmung für Hoch- und Tiefbau, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Calmbach a. G., Sitz Calmbach: Dem Wilhelm Riefer, Regierungsbaumeister in Calmbach ist Procura erteilt worden.

Conweiler.

Das Sammeln von Heidelbeeren im hiesigen Gemeindefeld ist für Auswärtige verboten. Den 28. Juni 1924.

Schultheißenamt: Langenstein.

Lungenkranke

versuchen eine Hamakur. Auskunft erteilt H. Maler, Homöopath und Naturheilkundiger, Rennfeldstrasse 21, Pforzheim, Fernruf 2218.

Bei Rheuma, Gicht, Ischias, Verkalkung, Lähmungen, einfachen Bandskuren, Nervenleiden und Stoffwechsel-Krankheiten hilft die

Galvanische Wohlmuth-Kur

Unterrichten Sie sich kostenlos Wohlmut-Institut Elisabeth Barfels, Pforzheim, Deimlingst. 6, II. Verkauf. — Miete.

Gefangbücher

in großer Auswahl empfiehlt E. Wech'sche Buchhandlg., Neuenbürg. (Inh.: D. Sirom.)

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Sitzung d. Gemeinderats am Dienstag, den 1. Juli, abends 8 Uhr.

- Tagesordnung:
1. Tarif für elektr. Licht und Kraft.
 2. Bau- und Wohnungssachen.
 3. Gewerbesteuer.
 4. Sonstiges.
- Stadtschultheiß Knodel.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Gefunden

ein Geldbetrag. Gegen Eigentumsnachweis abzuholen beim Stadtschultheißenamt.

Gelder.

Kleinere und größere Posten kurz- und langfristige werden gegen hohe Verzinsung gesucht und durch Vertrauensmann gut angelegt. Als Sicherheiten werden erstklassige Goldhypotheken auf bessere Anwesen gegeben.

Angebote unter X 100 an die Engländer-Geschäftsstelle.

Forstamt Calmbach.

Schicht- und Brennholz-Verkauf

am Mittwoch, den 9. Juli 1924, vormittags 9 Uhr, in Calmbach („Sonne“) aus Staatswald Eiberg: Abteilung Leimenäcker, Wäldergasse, Unt. Forstmeistergefall, Kapplersrain; Meistern Abtl. Sehlung, Löffelbusch, Kleiner Rant, Brennerau, Großer Rant; Rälbling Abtl. Ruchenbälle, Hint. Almand: Am. Ta. und H. Röllner 5 I., 10 II., 3 III. Klasse; Fo. Grubenstempel 2 Mtr. lang, 14-17 cm. St. 35, und 9-13 cm. St. 16; Eichen: 3 Späthler, 24 Andr., Buchen 120 Scheiter (teilw. Rauh.), 124 Klobh., 35 Andr.; Nadelh.: 639 Andruch. Losverzeichnisse durch die Forstdirektion G. f. H. Stuttgart.

4-5000 6.-Mk.

gegen hohen Zinsfuß als 1. Hypothek aufzunehmen gesucht.

Angebote sind zu richten an die Engländer-Geschäftsstelle.

Bezirks-Konsum-Verein Neuenbürg a. G.

Großer Preisabbau in vielen Lebensmitteln. Preise sind in unseren Läden ausgeschrieben.

Sie brauchen

Rechnungen, Quittungen, Couverts, Prospekte, Statuten, Postkarten, Zetteln, Zahlungsanfragen, Auftragsbelegen, Programme, Visiten, Verlobungs- und Hochzeitskarten, Trauerbriefe, Trauerkarten, : : : Geschäftsbriefbogen, Mitteilungen. : : :

Sie werden vorteilhaft und preiswert bedient in der „Engländer-Druckerei“ in allen Arten von

Druckfachen!

